

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Köditz, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Sebnitz, Marienau, den Müllengrund, Auhöfnappel und Tirschheim.



Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 25.— M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 75.— M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 1 M.

Anzeigenpreis: Die sechszeilige Grundzeile wird mit 3,00 M. für auswärtige Besteller mit 3,50 M. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreizehnpaltige Zeile 6,50 M. für Auswärtige 7,50 M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Druckerschrift: „Lageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Roth & Wilhelm Pöcker in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pöcker in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 172

Mittwoch den 26. Juli 1922

72. Jahrgang.

Das Radfahren auf der Angergasse wird hiermit verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geld bis zu 600 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft. **Stadttrat Lichtenstein-Callnberg, den 25. Juli 1922.**

Wiegestunde für Kinder unter 1 Jahr von 1—0 findet Donnerstag, den 27. Juli 1922, nachm. 1/2—1/4 Uhr im Callnberger Rathaus statt. Wohlfahrtsamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Wie die L.-U. zuverlässig erfährt, steht die Ernennung des Grafen Brodorski-Kanhai zum Botschafter in Warschau in einigen Tagen bevor.

Der achte Reichstagsausschuss, der sogenannte Ueberwachungsausschuss, der den Reichstag während seiner Vertagung vertritt, wird am heutigen Mittwoch nachmittags vier Uhr zu einer Sitzung zusammenzutreten.

Die im Transportarbeiterverband organisierten deutschen Seeleute haben an den Zentralverein deutscher Reederei ein kurzfristiges Ultimatum gestellt des Inhaltes, daß wenn nicht sofort Schritte zur Beilegung des Streikes der Seemannschaften eingeleitet werden, sämtliche Seeleute in den Streik eintreten.

Die Berliner städtischen Körperschaften bitten die Reichsregierung um Wiedereinführung der öffentlichen Zuckerbewirtschaftung, da das jetzige System die Interessen der Konsumenten nicht wahrnimmt.

Die beiden sozialdemokratischen Gruppen im bayrischen Landtage haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Aus Lemberg wird gemeldet: Aus Porislaw wird gemeldet, daß dort eine neue Petroleumquelle erschloren worden ist, die täglich 30 Zisternen Rohpetroleum liefert und die weiter 130 Kubikmeter Gas täglich ergibt. Das bedeutet eine Erhöhung der Porislawer Petroleumförderung um etwa 20 Prozent.

Die Nachricht, daß die englischen Bergleute auf Ersuchen der amerikanischen Bergleute mit ihnen in einen Sympathiestreik eingetreten sind, entbehrt jeder Bestätigung.

Montag abend wurde der vorübergehende in Tiflis anwesende Kemal Pascha mit seinen beiden Adjutanten, augenscheinlich von armenischen Terroristen, auf der Straße erschossen.

Deutsches Reich

Die Wahrheit über den Zwidauer Aufruhr.

Dresden. Noch liegt das Ergebnis der vom Minister Lipinski im Landtage angeforderten Untersuchung über die Urheber der Zwidauer Aufruhr nicht vor. Minister Lipinski sprach bekanntlich im Landtage davon, daß auch rechtsstehenden Provokateure am Werke gewesen seien und die Redner der Regierungsparteien hoben im Landtag die Vorgänge auf den Straßenmob. Jetzt veröffentlicht der kommunistische Landtagsabgeordnete Grube im kommunistischen „Volkblatt“ unter der Ueberschrift „Keine Täuschung“ einen Artikel, aus dem deutlich hervorgeht, daß die Träger des Zwidauer Aufruhrs die Parteigenossen des Herrn Grube waren. Er schreibt unter anderem wörtlich in diesem Artikel:

„Bei den letzten Demonstrationen kam es in der alten Bergstadt Zwidau zwischen Arbeiterschaft und staatlichen Machtorganen zu blutigen Auseinandersetzungen. Diese Kämpfe, die trotz allem mit einem sichtbaren Erfolge für die Arbeiterschaft geführt wurden, haben mehr örtliche Bedeutung. Die Bejahung der Streikfrage, die Bildung einer Arbeiterwehr (die aus öffentlichen Mitteln finanziert wird), die Anerkennung des Aktionsausschusses, die Außerdienstsetzung der Lupo, war ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis. Diese Ereignisse eines isolierten Kampfes beweisen am besten, mit welchem Elan die in Bewegung getratene Menge vorging...

Wir wenden uns ganz entschieden dagegen, als seien die Kämpfe lediglich das Ergebnis einzelner Provokateure. Diese Auffassung zu vertreten, hieße die Diskussion, sowohl wie das Kampffeld zu verschieben. Der Kampf war eine Folge, der von der S.P.D. und U.S.P. betriebenen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik. Dieser Teilkampf war ein sehr sichtbarer Ausdruck der Ablehnung gegen die bisher in Deutschland betriebene Politik.

Wenn es mit Hilfe der R.P.D., in der Situation, wo Zwidau allein kämpfte, gelungen ist, die zum Ausbruch gekommenen revolutionären Energien für die Arbeiterschaft erfolgreich auszunutzen, so nur deshalb, weil die Politik der R.P.D. bei den in Gährung befindlichen Massen das Vertrauen genießt, das notwendig ist, um offene revolutionäre Kämpfe der Arbeiterschaft zum Siege zu führen.

Wenn man diese Darlegungen des Abg. Grube liest, dann wird allerdings auch begreiflich, aus welchem Grunde er, der sich in den Aufrührertagen so gewissermaßen zum Oberrichter von Zwidau eingesetzt hatte, fast alle die von der Arbeiterwehr eingelieferten Plünderer wieder entließ. Jedenfalls wird das Bekenntnis des Herrn Grube über den Anteil der kommunistischen Regierungsführer am Zwidauer Aufruhr in der von der sächsischen Regierung angestellten Untersuchung nicht übergangen werden dürfen.

Gefinnungserforschung.

Dem Teunion-Sachsendienst wird von volksparteilicher Seite folgendes geschrieben: „Der Ortsausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Ortenburg-Ortska hat am 22. Juli in den Arbeiterhäusern einen Fragebogen verbreitet, der innerhalb einer Woche abzuholen oder zur Abholung bereitzuhalten ist. Es wird darin gefragt: „Welcher Gewerkschaft gehörst Du an? — Welche politische Partei gehörst Du an? — Welche Zeitung liest Du? — Welchen sonstigen Vereinen gehörst Du an? — Name: — Wohnung: —“ Mit religiös und parteipolitisch neutraler Berufsmittelerforschung hat das nichts mehr zu tun; sondern hier steht man vor geistigem Zwang. Die Wirkung derartigen Vorgehens wird aus folgendem, einem dortigen Gesangsverein zugegangenen Briefe erkennbar: „Ortska, Datum des Poststempels. Um allen unnötigen Treibern, die mir von meinen Arbeitsgenossen gemacht werden, zu entgehen, sehe ich mich gezwungen, unter dem heutigen Tage meinen Austritt aus dem Gesangsverein „Deutscher Gruß“ zu erklären. Unterschrift.“

Ein neuer sozialdemokratischer Bezirkschulrat.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei gibt folgende Meldung: „Vom 1. Oktober d. J. ab ist der Lehrer Kurt Alwin Bekner in Leipzig zum Bezirkschulrat für den Schulaufsichtsbezirk Leipzig I ernannt worden.“ Der Vollständigkeit halber hätte dieser Meldung hinzugefügt werden müssen, daß der Berufene Sozialdemokrat ist und auf Vorschlag des Leipziger Lehrervereins auf diesen Posten gekommen ist.

Deutschlands Abstieg.

Berlin. Die „Bäcker Nationalzeitung“ schreibt zur deutschen Finanzkontrolle: Die Pariser und Berliner Erklärungen lassen keinen Zweifel mehr, daß Deutschland als finanziell souveräner Staat aufgehört hat, zu bestehen. Aber ein sehr wichtiger Unterschied bedarf noch der Aufklärung. Die deutsche Regierung gibt nur ein Einsichtsrecht der Entente zu, welche Tatsache die deutsche Regierung als ihren Erfolg bucht, während die Pariser Havasmeldung hervorhebt, daß alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches von dem Garantiefomitee kontrolliert und gutgeheißen werden müssen, bevor sie dem Reichstage zugehen, das ist aber nicht nur ein Einsichtsrecht, sondern ein vollständiges und sicheres Einspruchsrecht dritter Mächte in den Etat eines bis jetzt noch unabhängigen und souveränen Staates, der einst Weltmacht war und heute nicht einmal mehr die Souveränität der kleinen Schweiz geltend machen kann.

Ententeleute in deutschen Ministerien.

In der Sonnabendigung der Reparationskommission wurde der Kontrolldienst für die Einnahmen und Ausgaben des deutschen Staatshaushaltes verabschiedet. Die Kommission beschloß, daß der zentral bewegliche Kontrolldienst nicht Deutschland zu überlassen sei, sondern daß in den Staatsämtern des Reiches durch Beamte des Garantiefomitees auszuüben sei, die der Verantwortlichkeit der Reparations-

kommission zu übertragen sind und die ein Einspruchsrecht gegen das deutsche Budget besitzen sollen.

Attienverständnis als Bedingung.

„Morning Post“ meldet aus Paris: Nachdem die bisherigen Verhandlungen in der Reparationskommission der Erledigung der Finanzkontrolle in Deutschland gegolten haben, tritt die Kommission am Dienstag in die eigentliche Beratung der Moratoriumsfrage ein. Der Antrag des Garantiefomitees, der Sonntag dem Vorsitzenden Dubois übergeben worden ist, lautet dahin, Deutschland sei ein Moratorium bis höchstens drei Monaten zu gewähren, wenn die Einstellung der Noteninflation und die Verpfändung von Industriekapitalien zugelassen wird.

Die neuen Teuerungszulagen.

Der „Matin“ bringt die Berliner Korrespondenzmeldung von der Erhöhung der Teuerungszulagen an die Beamten und Arbeiter mit dem Zusatz seines Berliner Korrespondenten: Die neue Milliardenbelastung des deutschen Staatshaushaltes ist die letzte vor der Kontrollübernahme durch das Garantiefomitee. Jede Erhöhung der vorherigen Beamtengehälter nach dem 1. August unterliegt der vorherigen Genehmigung der neuen Kontrollinstanz in Deutschland.

Die Arbeitszeit der Eisenbahner.

Von unterrichteter Seite wird der L.-U. mitgeteilt, daß Vereinbarungen über die Arbeitszeit der Eisenbahner Gegenstand einer Besprechung der Eisenbahnmotorenorganisation war. Eine vorgelegte Erklärung des deutschen Eisenbahnerverbandes konnte aber nicht zur Annahme gelangen, weil die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten, sie seien nicht in der Lage, eine bindende Erklärung abzugeben, solange ihr erweiterter Vorstand nicht Stellung genommen habe.

Ein unerwünschter Gast.

In Berlin befindet sich zurzeit, wie wir dortigen Blättern entnehmen, der bulgarische Minister Railto Dascaloff. Die Öffentlichkeit hat alle Ursache, den Mut dieses Herrn zu bewundern, der es wagt, nach Deutschland zu kommen, nachdem er im Jahre 1918 seine Truppen gegen Sofia und die dort befindliche deutsche Armee durch von Frankreich bezahlte Agenten hat führen lassen. Nachdem sein Plan mißlang, suchte er Rettung bei den Franzosen in Saloniki. Jeder bulgarische Patriot ist der Ansicht, daß Railto Dascaloff derjenige ist, der den Franzosen den Weg nach Sofia gebnet hat, und der der Hauptschuldige ist an der großen Katastrophe, von der Bulgarien und seine Alliierten betroffen sind.

2600 Eisenbahnwaggons für Jugoslawien.

Schon vor einiger Zeit hatten einige Verbände der deutschen Industrie dem jugoslawischen Verkehrsministerium die Lieferung von 2600 schmalspurigen Eisenbahnwaggons angeboten. Das Verkehrsministerium hat jetzt das Angebot angenommen, aber unter der Bedingung, daß die ganze Lieferung längstens bis Anfang April des nächsten Jahres erfolge. Die Uebernahme der Waggons erfolgt in dreimonatlichen Partien schon vom August dieses Jahres ab.

Ausland.

Die internationale Anleihe.

Paris. Der Newyork Herald teilt mit, daß Poincaré einen eigenen Plan zur endgültigen Lösung des Reparationsproblems nach London mitbringen werde. Das sei auch der Grund dafür, daß Poincaré vorläufig nur ein sechs-wöchiges Moratorium gewähren will. Die endgültige Regelung ist nach dem Newyork Herald so gedacht, daß das französische Bedürfnis nach sofortiger Bezahlung mit dem Gedanken Lloyd Georges, die englischen Forderungen an Frankreich fallen zu lassen und die Gesamtsumme der Reparationen zu vermindern, in Einklang gebracht wird. Der internationale Bankenausschuss stände damit vor der neuen Tatsache des europäischen Willens zur Zusammenarbeit und könne auf dieser Tatsache eine internationale Anleihe aufbauen. Frankreich rechne mit Krediten für Deutschland in Höhe von vorläufig 1 Million Dollar und beanspruche davon die Hälfte für sich, um damit und mit den Ergebnissen des Wiesbadener Abkommens seine zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Die andere Hälfte der Anleihe könne zur Sanierung der deutschen Finanzen und Stabilisierung der Mark verwendet werden. Jedenfalls hoffe man, das ganze Problem noch vor Ende des Sommers gelöst zu haben, so daß der Bankier-Ausschuss seine Tätigkeit im September wieder aufnehmen könnte.

Engelbahn: 1. Hartmann 30, 3. Törke (Dresden) (Blauen) 307, 2. Palmer Holz. — Damenbahn: Fern (Reihen) 25, Fran
Lichtenstein-Callnberg.
8 Uhr Halbanbahn
Männergefangenen.
in der Kirche statt. (Nach.)
Freitag abends vierstel 8
acht; halb 9 Uhr in der
Wohlfahrtsamt
7. Freyer —, Müller 38
immen: 1124.
50 Ag. in Mk.
6 Jahren
3200—3800
2400—3000
3800
3200—3800
2200—3000
3900—4000
3200—3800
2400—3000
1400—2300
3-100
2800
2000—2400
3900—4000
3300—3800
6800
6900 7000
5800—6200
6-100—6300
6200—6700
Ueber Kott
8300—8600
7000—7800
3400—3800
8000
Hofe langsam,
en Speisen, wie Fracht
gebührt. Umjagsteuer,
Die
g von 8 Uhr ab
st D. Schwarz.
Bankhaus
Heinze,
Lichtenstein-Callnberg.
1.7. 24.7.
1,50 77,50
1,825 87,
1,10 108,
1,10 91,75
1,10 117,
1,10 65,
1,10 72,
1,10 98,
1,10 57,
1,10 105,
1,10 93,50
1,10 107,
1,10 98,
1,10 790,
1,10 1278,
1,10 445,
1,10 500,
1,10 1325,
1,10 1550,
1,10 435,
1,10 475,
1,10 390,
1,10 1200,
1,10 419,
1,10 759,
1,10 1900,
Brot,
1089,40
19674,60
2942,80
2342,95
9511,90
563,63
4285,30
8639,70
13041,30
4090,05
1101,26
1104,26
1,67

Die bayerische Krise.

Die bayerische Krise, die schon auf die Reichstags- und Reichstags-Verhandlungen über die Schutzgesetze ihre Schatten warf, ist inzwischen eingetreten. Die Koalition ist am Zerfallen, da die bayerischen Demokraten aus der Regierung ausstiegen, und das parlamentarische Bild schwankt noch zwischen Regierungsneubildung und Auflösung des Landtages. Deutlich erkennbar ist aber schon jetzt, wie der bayerische Kurs gehen soll. Die bayerische Regierung schlägt Maßnahmen vor, durch die sie sich zwar den Inhalt des Gesetzes zum Schutze der Republik zu eigen macht, jedoch die Ausführung vollständig in die eigene Hand nimmt und dadurch sowohl die Reichszentralbehörde wie auch den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ausschaltet. Die bayerische Regierung will alle Vergehen und Verbrechen, die unter das Schutzgesetz fallen, durch ihre eigenen Staatsanwälte verfolgen lassen und die Fälle zur Entscheidung vor die bayerischen Volksgerichte bringen. Die bayerische Regierung beruft sich dabei auf Artikel 48 der Reichsverfassung, der den Landesregierungen das Recht gibt, im Falle dringender Gefahr Bestimmungen der Verfassung außer Kraft zu setzen. Aber bei dieser Berufung auf einen Artikel der Verfassung handelt es sich nur um einen Notbehelf, der seine Schuldigkeit nur für kurze Zeit tun kann. Tatsächlich tritt Bayern durch die Maßnahmen, die es in Aussicht stellt, in Gegensatz zu einem Reichsgesetz, und seine Haltung ist mit dem Gedanken der Reichseinheit nicht mehr völlig in Einklang zu bringen.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird man die bayerische Krise zu betrachten haben. Die Gefahr, die hier emporkommt, bedroht tatsächlich die Reichseinheit. Wenn es dazu gekommen ist, so liegt die Schuld nicht auf einer Seite. Wir erinnern daran, daß bei den Reichstagsverhandlungen die Fraktion der Deutschen Volkspartei zusammen mit der Bayerischen Volkspartei Anträge gestellt hat, die bezüglich des Staatsgerichtshofes das Recht der einzelnen Länder wahren sollten. Dr. Stresemann hat in seiner Rede noch darauf aufmerksam gemacht, daß schließlich nicht der mindeste Grund vorlag, diese Anträge abzulehnen, da ja im Reichsrat Bayern nicht allein herrscht und die Beschlüsse hätten mit Mehrheit gefaßt werden müssen. Aber alle Anträge, die das Mitbestimmungsrecht der Länder wahren sollten, sind im Reichstag abgelehnt worden. Man kann also die Stimmung in Bayern verstehen, wie denn auch Herr Dr. Stresemann zutreffend bemerkt hat, daß die Art, wie das Schutzgesetz vom Reichstag verabschiedet worden ist, es unferen bayerischen Parteifreunden schwer macht, das Gesetz vor dem Lande zu verantworten. Auf der anderen Seite aber muß man hervorheben, daß dem Schutzgesetz im Reichstag doch eine Gestalt gegeben worden ist, die eine mißbräuchliche Auslegung des Gesetzes zum mindesten außerordentlich schwer macht und die deshalb auch für die widerstrebenden Länder annehmbar wäre. Wenn Bayern der Ausführungsgewalt des Reiches seine Tore schließt, so könnte ein solches Verfahren, sobald es Nachahmung findet, zu den bedenklichsten Folgen führen. Denn es wäre denkbar, daß noch dem bayerischen Beispiel man vielleicht nun auch in Thüringen oder Sachsen auf den Gedanken kommt, Volksgerichte mit der Aburteilung zu betrauen und die Reichsgewalt auszuhebeln. In welchen Folgen das in Ländern mit sozialdemokratischer Mehrheit führen möchte, vermag sich jeder selbst zu sagen. Deshalb ist die Bahn, die Bayern beschritten hat, rein sachlich gesehen, von schwer übersehbaren Folgen begleitet.

Aber jetzt, wo die Streitfrage mit allem Ernst aufgeworfen zu sein scheint, ist es unbedingt nötig, den Gedanken der Reichseinheit obenan zu stellen. Wir hoffen dringend, daß alle reichstreuen Bevölkerungsschichten in Bayern — und sie werden der Zahl nach wohl überwiegen — die Notwendigkeit nicht aus dem Auge zu verlieren, das Reichsgesetz unbedingt aufrecht zu erhalten. Ein bayerischer Partikularis-

mus, der in der Blütezeit des Reiches schon gefährlich genug war, würde heute für den Bestand des Reiches tödlich sein. Auch auf der Seite der Reichsregierung hoffen wir auf volles Verständnis für die gefährliche Lage. Man wird der Reichsregierung nicht zumuten dürfen, auf die Machtbefugnisse des Reiches gegenüber einem einzelnen Lande zu verzichten; aber man wird unbedingt verlangen müssen, daß dieser Machtbegriff nicht überspannt wird, sondern daß in Berlin dieselbe Verständigungsbereitschaft vorhanden ist, die man in München beweisen muß. Nur wenn dieses gegenseitige Einlenken vorhanden ist, kann die schwere Gefahr der bayerischen Krise abgewendet werden.

Die Abänderung der Schutzgesetze. Veröffentlichung im Staatsanzeiger.

München, 25. Juli. Gestern Abend sieben Uhr ist eine Sonderausgabe des bayerischen Staatsanzeigers erschienen, in der die Verordnung zum Schutze der Verfassung der Republik wiedergegeben ist, außerdem ein Artikel und eine juristische Ausführung dazu. In der Einleitung der Verordnung des Gesamtministeriums wird folgendes ausgeführt: Der deutsche Reichstag hat am 18. 7. 22 ein Gesetz zum Schutze der Republik erlassen. Darin ist zur Aburteilung gewisser politischer Straftaten ein Gerichtshof eingesetzt worden, der im Ganzen weder mit Berufsstichtern noch mit Schöffen oder Geschworenen, sondern zum größten Teil mit Personen besetzt ist, für deren Auswahl politische Gesichtspunkte in Frage kommen. Das bayerische Volk erblidet daher in seiner überwiegenden Mehrheit darin eine Verletzung der Grundlagen der Staatsbürgerrechte sowie der Grundzüge echter Demokratie, wie auch ein Verlassen der Grundlagen der bayerischen Verfassung. Der Inhalt des ganzen Gesetzes, sowie die Art seines Zustandekommens entgegen dem wohlbegründeten Anspruch der bayerischen Staatsregierung haben in Bayern eine derartige Erregung hervorgerufen, daß wenigstens im Gebiet des rechtsrheinischen Bayerns unmittelbar mit einer erheblichen Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu rechnen ist, wenn das Gesetz ohne jeden Vorbehalt vollzogen wird. Es ist somit Gefahr im Verzuge. Aus diesen Gründen sieht sich das bayerische Gesamtministerium veranlaßt, auf Grund des § 64 der Verfassungsurkunde des Reichstaates Bayern und des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung und auf Grund der staatlichen Hoheitsrechte Bayerns zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die folgenden Anordnungen zu treffen. Es folgen dann in sechs Artikeln diese Anordnungen, welche die Bestimmungen des Reichsgesetzes für Bayern im Wesentlichen übernehmen, aber die Zuständigkeit der bayerischen Volksgerichte festlegen. Hervorzuheben ist auch Art. 5, wonach nichtbayerischen Polizeibehörden innerhalb des Geltungsbereiches der Verordnung das selbständige Vorgehen von Amtshandlungen verboten wird.

Die Erklärung des Grafen Lerchenfeld.

München, 26. Juli. Bei stark besuchtem Hause und überfüllten Tribünen gab gestern Nachmittag in Anwesenheit des Gesamtministeriums Ministerpräsident Graf Lerchenfeld im bayerischen Landtag die angekündigte Erklärung ab. Die bayerische Regierung sei von Anfang an gewillt gewesen, dem Reich zu geben, was zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Staatsform notwendig ist. Leider sei aber die Politik der Mittellinie in Berlin nicht eingehalten worden. Bayern habe alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft, um die Entwürfe ihres einseitigen Charakters zu entscheiden. Es sei mit seinen Zugeständnissen bis an die äußerste Grenze gegangen. Die bayerische Regierung habe leider bei den anderen Ländern nicht die gewünschte Unterstützung gefunden. Die bayerische Regierung erblide in dem Eingriff in ihre Justiz- und Polizeigewalt eine Vergewaltigung Bayerns, die mit dem Sinne der Reichsverfassung im Widerspruch stehe und gegen die sie auf das Entschiedenste protestiere. Die

Stimmung weitester Kreise des bayerischen Volkes sei auf die Besorgnis zurückzuführen, daß die bayerische Staatlichkeit Stück für Stück verloren gehe und Bayern zur Provinz herabgedrückt werde. Die gegenwärtige Lage des Reiches hätte die Reichsregierung veranlassen müssen, sich die Zusammenfassung aller Kräfte zur Aufgabe zu machen und alles zu vermeiden, was Zwiespalt erzeuge. Umso mehr trifft sie die schwere Verantwortung. Der Ministerpräsident warnte die Sozialdemokraten davor, die Zeitfragen aufzurollen und bemerkte, daß die Parole Bayern im Reich und Bayern für das Reich gelte. Alle Besorgnisse einer bayerischen Abkehr von der Reichstreue ist unbegründet. Der Ministerpräsident ersuchte schließlich um eine Entscheidung des Hauses, ob es gewillt sei, die Regierung zu unterstützen. Die bayerische Volkspartei brachte sofort ein Vertrauensvotum ein.

Das Vertrauensvotum für die bayerische Regierung.

München, 26. Juli. Mit den Stimmen der bayerischen Volkspartei, der bayerischen Mittelpartei und des Bauernbundes wurde in der gestrigen Sitzung des bayerischen Landtages der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Nach der Rede des Ministerpräsidenten folgten die Parteidarstellungen. Abg. Held, bayr. Volkspartei, bemerkte, daß Bayern die Treue zum Reich halten wolle. Das ganze Verhalten der bayerischen Volkspartei habe nicht das Gerinste zu tun mit Bestrebungen, die auf eine Aenderung der verfassungsmäßigen Zustände hinausgehen. Abg. Timm (Soz.) wies darauf hin, daß das Vorgehen der bayerischen Regierung einen Treubruch und eine beispiellose Verfassungsverletzung darstelle. Abg. Dr. Hilpert (bayr. Mittelpartei) sprach der Regierung die Unterstützung seiner Partei in ihrem Kampfe zur Wahrung der bayerischen Polizei- und Justizhoheit aus. Abg. Nidlich (U.S.P.) sprach die Erwartung aus, daß die Reichsregierung mit unbegrenzter Energie auch in Bayern verfassungsmäßige Zustände schaffen werde. Abg. Dr. Ditt (Dem.) sprach die Befürchtung aus, daß niemand wisse, wohin die Entwicklung führen werde, nachdem einmal der verfassungsmäßige Boden verlassen worden sei. Abg. Stadler (Bauernbund) billigte die Haltung der Regierung. Abg. Burger (D.V.P.) erklärte, daß seine Partei den Schritt der Staatsregierung nicht billigen könne und daß sie sich daher der Abstimmung über das Vertrauensvotum enthalten werde. Nach der Abstimmung, die das Vertrauen für die Regierung ergab, wurde die Sitzung aufgehoben.

Weitere Nachrichten.

Zur Beleuchtung der Situation ist noch zu erwähnen, daß sich 21 nordbayerische Bürgermeistern in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten gegen das Vorgehen der bayerischen Regierung ausgesprochen haben. Die Demokraten sind endgültig aus der bayerischen Regierung ausgetreten. Der bayerische Regierungsbund dagegen richtet an seine Anhänger einen Aufruf mit der Aufforderung, die bayerische Regierung, solange sie in ihrem Widerstande gegen Berlin festbleibt, in dem ihr aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen, sowie, was da wolle. Die Gewerkschaften wollen mit allen Nachmitteln das Reich in seinem Vorgehen gegen Bayern unterstützen, ev. die Kohlenzufuhr unterbinden. Das Reichskabinett hat gestern eingehend sich mit der schwierigen bayerischen Frage beschäftigt. Minister Fehr traf Dienstag mittig in Berlin ein und machte verschiedene Kompromißvorschläge. Beschlüsse sind noch nicht gefaßt. Der Reichszentraler bezeichnete die Lage als ernst. Das Reichskabinett wird erst wieder am Donnerstag Nachmittag zusammentreten, zu der Reichswehrminister Dr. Gehler, präsidierend wird.

Aus dem bayerischen Verglande wird gemeldet, daß die norddeutschen Gäste in großer Ueberreilung abreisen. Auch aus Bad Reichenhall und Berchtesgaden hat eine große Anzahl der norddeutschen Badegäste und Touristen eingezogen.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

25. Nachdruck verboten.
„Ah, nein, den kann ich nicht entbehren! Wer soll mir denn helfen, wenn nicht er? Wo Sie dem Trottel da alles glauben. Aber er soll's nur meinem Mann und dem Zercher auch ins Gesicht sagen, die werden sich das auch nicht ruhig gefallen lassen!“
„Er hat es schon getan!“
„Na, also! Dann werden sie sich schon auch wehren dagegen!“
„Wer hätte die Tat also begangen?“
„Er! Der Knochen-Lipp!“ rief Justina hitzig. „Gestern noch hätte ich geantwortet: Ich weiß es nicht, Herr Untersuchungsrichter. Suchen Sie halt nach dem Schuldigen! Heute sage ich: Da steht er! Der und kein anderer hat's getan!“
„Er behauptet aber, Geld und Uhr von Ihrem Manne bekommen zu haben!“
„Das ist erlogten, wie alles andere!“
„Ihr Schwiegervater war ein harter Mann, — glauben Sie wirklich, daß der Knochen-Lipp allein mit ihm fertig geworden wäre?“
„Vielleicht hat er einen Helfer dabei gehabt. Da war ja auch einmal ein Knecht bei uns, der hat wegen dem Großvater fort müssen, weil sie immer Streich hatten. Deiml hat er, glaub ich, geheizen, Matthias Deiml.“
„Hüten Sie sich davor, einen Unschuldigen zu verleumden.“
„Bin ich nicht auch unschuldig verleumdet worden?“ brauste Justina auf. „Dann fuhr sie sich mit beiden Händen in die Haare. „Jesus, Jesus! Von so einem Menschen

verdächtig zu werden, das ist schon das Aergste! Was soll ich denn noch sagen...? Ich lenne mich ja nicht mehr aus... mit so was in Gesicht zu sagen! Ich soll den Großvater umgebracht haben!“

Sie war außer sich vor Erregung, daß der Untersuchungsrichter sie abführen lassen mußte.

Lipp sah ihr grinsend nach. Dann frag er häutig: „Darf ich jetzt auch fort? So viel Hunger habe ich! So viel Hunger!“

Achselzuckend ließ ihn der Richter gleichfalls in die Zelle zurückführen.

Klarheit hatten die Konfrontationen nicht gebracht, wenn auch des Knochen-Lipp hartnäckiges Festhalten an seinen Angaben, Justinas Erwidern bei seinem Abblid und manche unglaubwürdige Aussage der beiden Männer zu denken gab.

Sebastian Schwaigreiter war von einem Gang in den Markt zurückgekommen. Geblenken Kopfes und mit tiefster Miene betrat er das Haus.

Kopf und Herz waren ihm schwer von dem, was er soeben hatte mitanhören müssen.

Denn wie ein Lauffeuer durchheulte die Kunde von des Knochen-Lipp Verhaftung und den bestimmten Beschuldigungen, die er gemacht, den Ort. Ueberall wurde darüber gesprochen, in jedem Haus, jedem Geschäft, auf der Straße und im Bürgermeisteramt, wo Baitl es zuerst gehört hatte, als er dem Gemeindevorstand anzeigte, daß er vorläufig am Brintnerhof die Führung der Wirtschaft übernommen habe.

Das Schlimmste war, man glaubte auch sofort daran. Endlich wachte man, wer es getan. Endlich war der Alp, die Tat konnte ungefährnt bleiben, von der Bevölkerung genommen worden.

Die Genugtuung darüber, die Schwaigreiter in jedem Antlitz las, beugte seinen Rücken immer tiefer. Wie ein

Todesurteil erschien sie ihm, vom Volk gefällt über Schwester und Schwager...

Auch hier am Brintnerhof wachte man offenbar schon davon, wie die erregt flüsternden Gruppen am Parteilchenshaus bewiesen, die so rasch und schon verstümmten, als man seiner ansichtig wurde.

Im Fluß trat ihm Marei mit den Kindern entgegen. Sie erstarrte, als sie in sein Gesicht blidte.

„Baitl — um Gotteswillen — was ist Dir? Du — Du weicht etwas Neues?“ fragte sie und umklammerte in Todesangst seinen Arm.

Er nickte. „Schid die Kinder weg. Dann komme zu mir in die Stube.“

Bedend gebot sie den Kindern, zu Stina zu gehen. Marei, die immer nur an den einen dachte, den ihr das Schidjal entrisen hatte, als sie am glücklichsten zu werden hoffte, fühlte, wie sich ihr das Herz zusammenkrämpfte. Stumm trat sie hinter dem Bruder in die Leutstube, die leer war.

Einige Minuten später gelte ein lauter Schrei durch das stille Haus. Stina, die am Herd stand, fuhr entsetzt zusammen.

Herrgott — war denn schon wieder etwas geschehen? Da stand der junge Schwaigreiter auch schon vor ihr, blaß wie der Tod.

„Die Marei“, stammelte er, „sie liegt drin am Boden und rührt sich nicht... geh zu ihr, Stina! Ich laufe um den Doktor...“

Und fort war er. Stina flog in die Leutstube. Ja, da lag sie — wie tot.

Jammernd hob sie Stina auf und schleppte sie mit Hilfe einer Hausmagd in ihr Stübchen hinauf.

Baitl rannte inzwischen die Marktstraße entlang, am Haus des Arztes zu. Halbwegs hätte er beinahe einen älteren, graubärtigen Herrn übertrannt, der gemächlich einherhritt.

(Fortsetzung folgt.)

Die neue... Nach der neue... um Einkommens... neues Steuerabzug... Durch die vor... wohl für die unter... eine sehr erhebliche... Bisher... 10 Prozent... 15... 20... 25... 30... 35... 40... 45... 50... 55... für die mel... Nach dem neue... 10 Prozent... 15... 20... 25... 30... 35... 40... 45... 50... 55... für die welte... Während also... der die 60prozent... Monen lag, ist sie... Mark erhöht... Wie stark die... bisher von einem... ohne die gefälligen... während jetzt nur... Eine Beamten-, An... Kinder hat und ein... erzielt, konnte nach... Einkommen in Wa... 10 300 Mark Steuer... seß können 49 200... die Steuer beträgt... Die jährlichen... Werbungskosten... Für den Mann... Für die Ehefrau... Für jedes Kind... Auf den Mon... der Steuer... Werbungskosten... Für den Mann... Für die Ehefrau... Für jedes Kind... Für eine Famili... her monatlich 115... bracht werden, wä... aug erhöht sich bei... Kinder auf 410 M... bei sechs auf 650 M... alten Gesetz bei sechs... getragen... Wochenweise... Werbungskosten... Für den Mann... Für die Ehefrau... Für jedes Kind... Somit hat de... von 1200 Mark er... Steuern zu entricht... 79 20 Mk., ist er o... 60 Mk. Steuern, m... Mk. an Steuern zu... Von den Ver... 3000 Mk., die für... vom Einkommen in... ist auf 8000 Mk. ... eine Bestimmung... gen bis zu einem... die Rückzahlung de... für den Fall des... weniger als zwanzig... eldarung unter Be... Abänderung oder... angezigt wird, von... bracht werden könn... Hat also jeman... Mk und er zahlt... je 8000 Mk. in ei... einer Genossenschaft... ein, so sind nur 96... Eine Neuerung... Steuerpflichtige, die... fähig sind und dere... Mk. nicht übersteig... tere 2000 Mk. von... Uebersteigen di... trag von 12 000 M... der zwei gezahlten... Das Gesetz tritt...

Die Neuregelung des Steuerabzugsverfahrens.

Nach der neuen vom Reichstag beschlossenen Novelle zum Einkommensteuergesetz tritt am 1. August d. J. ein neues Steuerabzugsverfahren in Kraft.

Durch die vorgenommene Abänderung ergibt sich sowohl für die unteren wie auch die mittleren Einkommen eine sehr erhebliche Entlastung.

Bisher betrug die Einkommensteuer:

10 Prozent für die ersten 50 000 Mk.	
15 " " " " " " " " " "	10 000 "
20 " " " " " " " " " "	20 000 "
25 " " " " " " " " " "	20 000 "
30 " " " " " " " " " "	100 000 "
35 " " " " " " " " " "	100 000 "
40 " " " " " " " " " "	200 000 "
45 " " " " " " " " " "	500 000 "
50 " " " " " " " " " "	500 000 "
55 " " " " " " " " " "	500 000 "

für die weiteren Beträge 60 vom Hundert.

Nach dem neuen Gesetz beträgt die Einkommensteuer:

10 Prozent für die ersten 100 000 Mk.	
15 " " " " " " " " " "	50 000 "
20 " " " " " " " " " "	50 000 "
25 " " " " " " " " " "	50 000 "
30 " " " " " " " " " "	150 000 "
35 " " " " " " " " " "	200 000 "
40 " " " " " " " " " "	200 000 "
45 " " " " " " " " " "	200 000 "
50 " " " " " " " " " "	1 000 000 "
55 " " " " " " " " " "	1 000 000 "

für die weiteren Beträge 60 vom Hundert.

Während also nach dem alten Gesetz die Grenze, bei der die 60prozentige Einkommensteuer einsetzt, bei 2 Millionen lag, ist sie in dem neuen Gesetz auf 3 Millionen Mark erhöht.

Wie stark die Entlastung ist, geht daraus hervor, daß bisher von einem Jahreseinkommen von 100 000 Mark, ohne die gefälligen Abzüge, 15 500 Mk. zu zahlen waren, während jetzt nur noch 10 000 Mk. zu entrichten sind. Eine Beamtin, Angestellte oder Arbeiterfamilie, die drei Kinder hat und ein Jahreseinkommen von 10 000 Mk. erzielt, konnte nach dem alten Gesetz 21 000 Mark vom Einkommen in Abzug bringen und mußte immerhin noch 10 300 Mark Steuern entrichten. Nach dem neuen Gesetz können 49 200 Mark in Abzug gebracht werden und die Steuer beträgt nur 5080 Mark.

Die jährlichen Abzüge vom Einkommen betragen:

	altes Gesetz:	neues Gesetz:
Werbungskosten	5400 Mk.	10 800 Mk.
Für den Mann	2400 "	4 800 "
Für die Ehefrau	2400 "	4 800 "
Für jedes Kind	3600 "	9 600 "

Auf den Monat berechnet betragen die Abzüge von der Steuer:

	altes Gesetz:	neues Gesetz:
Werbungskosten	45 Mk.	90 Mk.
Für den Mann	20 "	40 "
Für die Ehefrau	20 "	40 "
Für jedes Kind	3 "	80 "

Für eine Familie mit einem Kind konnten somit bisher monatlich 115 Mark von der Steuer in Abzug gebracht werden, während es jetzt 250 Mark sind. Der Abzug erhöht sich bei zwei Kindern auf 330 Mark, bei drei Kindern auf 410 Mark, bei vier auf 490, bei fünf auf 570, bei sechs auf 650 Mark usw., während die Abzüge nach dem alten Gesetz bei sechs Kindern monatlich nur 265 Mark betragen.

Wochenweise verrechnet betragen die Abzüge:

	altes Gesetz:	neues Gesetz:
Werbungskosten	10 80 Mk.	21 60 Mk.
Für den Mann	4 80 "	9 60 "
Für die Ehefrau	4 80 "	9 60 "
Für jedes Kind	7 20 "	19 20 "

Somit hat der Arbeiter, der einen Wochenverdienst von 1200 Mark erzielt, wenn er ledig ist, 88 80 Mk. an Steuern zu entrichten, ist er verheiratet und kinderlos 79 20 Mk., ist er verheiratet und hat ein Kind, zahlt er 60 Mk. Steuern, mit vier Kindern hat er nur noch 2 40 Mk. an Steuern zu entrichten.

Von den Veranlagungspflichtigen konnten bisher 3000 Mk., die für Lebensversicherung ausgegeben wurden, vom Einkommen in Abzug gebracht werden. Diese Summe ist auf 8000 Mk. erhöht und außerdem hat im Gesetz eine Bestimmung Aufnahme gefunden, wonach Spareinlagen bis zu einem Betrage von 8000 Mk. jährlich, sofern die Rückzahlung des Kapitals nur für den Todesfall oder für den Fall des Erlebens innerhalb einer Zeit von nicht weniger als zwanzig Jahren vereinbart ist und die Vereinbarung unter Verzicht beider Vertragsteile auch eine Abänderung oder Aufhebung dem zuständigen Finanzamt angezeigt wird, vom Einkommen ebenfalls in Abzug gebracht werden können.

Hat also jemand ein Jahreseinkommen von 120 000 Mk. und er zahlt davon für sich, seine Frau und 1 Kind je 8000 Mk. in eine öffentliche Sparkasse oder in die einer Genossenschaft nach den vereinbarten Bestimmungen ein, so sind nur 96 000 Mk. Einkommen steuerpflichtig.

Eine Neuerung bringt das Gesetz auch insofern, als Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind und deren Einkommen den Betrag von 50 000 Mk. nicht übersteigt, neben den sonstigen Abzügen weitere 2000 Mk. von der Steuer in Abzug bringen können.

Ueberschreiten die jährlichen Werbungskosten den Betrag von 12 000 Mk., hat auf Antrag die Rückzahlung der zuviel gezahlten Steuern zu erfolgen.

Das Gesetz tritt mit dem 1. August d. J. in Kraft.

Aus Nah und Fern.

Lichtenfels-Collenberg, 26. Juli 1923.

Waldbacht. In der morgen Abend 1/8 Uhr stattfindenden Waldbacht wird 1/7 Uhr ein Vorläufer erfolgen; unterbleibt das Vorläufer, so findet die Wacht in der St. Laurentius-Kirche statt.

Die neue Angestelltenversicherung. Infolge der Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte erfolgt die Beitragsberechnung zur Angestelltenversicherung vom 1. Juli 1922 ab nach folgender Aufstellung: Jährlicher Arbeitsverdienst mehr als 550 Mark Monatsbeitrag 3 20 Mk., mehr als 850 Mk. 4 80 Mk., mehr als 1150 Mk. 6 80 Mk., mehr als 1500 Mk. 9 60 Mk., mehr als 2000 Mk. 13 20 Mk., mehr als 2500 Mk. 16 60 Mk., mehr als 3000 Mk. 20 Mk., mehr als 4000 Mk. 26 60 Mk., mehr als 5000 Mk. 33 20 Mk., mehr als 10 000 Mk. 40 Mk., mehr als 15 000 Mk. 48 Mk., mehr als 80 000 Mk. 60 Mk., mehr als 40 000 Mk. 80 Mk., mehr als 75 000 bis 100 000 Mk. 110 Mk. Zum Arbeitsverdienst im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte gehören neben der Vergütung oder dem Lohn auch Verforgungsgebühren, Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge (z. B. Wohnung, Kohle, Licht, Feuerung). Empfänger von Ruhegehalt und Wartegeld, die vorübergehend beschäftigt werden, sind während dieser Beschäftigung nur dann versicherungspflichtig, wenn sie das Alter von 60 Jahren noch nicht vollendet haben. Sie werden aber auf ihren eigenen Antrag befreit. Solche Befreiungsanträge müssen bis zum 31. Juli 1922 beim Rentenausschuss oder bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu Berlin-Willmersdorf, Hohenzollerndamm 193-195 eingereicht werden. Befreiung von der eigenen Beitragsleistung, die auf Grund des bisherigen Gesetzes ausgesprochen sind oder noch ausgesprochen werden, bleiben bestehen. Voraussetzung für das Fortbestehen der Befreiungen ist nur, daß die Prämien zur Lebensversicherung vom 1. August 1921 oder, falls der Angestellte erst später versicherungspflichtig wurde, am Tage des Eintritts in die Versicherungspflicht die nach den bisherigen Gesetzen vorgeschriebene Höhe erreichen. Neue Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung sind nicht mehr zulässig. Angestellte, die beim Inkrafttreten des Gesetzes das 55. Lebensjahr bereits vollendet haben, werden auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit, wenn ihnen die Verkürzung der Wartegeld nicht gestattet wird oder aus einem anderen Grunde nicht möglich ist.

Ein Gauhinderturnen veranstaltet erstmalig in diesem Jahre der Niedererzogebirgs-Turngau am 3. September in Hohndorf auf dem Turnplatz des dortigen Turnvereins. Das Turnen erstreckt sich auf Freilübungen der Knaben und Mädchen, Eilbotelauf, Sondervorführungen und Spielen und wird mit einem allgemeinen Schluffgang beendet. Das Turnen soll mittags 2 Uhr beginnen und spätestens 6 Uhr beendet sein.

14 sehr wichtige Regeln für Pilzfischer.

1. Nimm nur Pilze, die du genau kennst!
2. Sammle im Anfang in Gesellschaft eines Pilzkenners nur wenige Sorten; gehe allmählich zu neuen Arten über!
3. Muß du allein Sammeln, so laß die geernteten Pilze vor dem Genuße von einem Kenner durchsehen!
4. Sammle nur junge, feste Pilze und laß die alten, schwammigen stehen!
5. Achte die Pilze frisch zu und isß sie frisch! Ein großer Teil der Vergiftungen ist auf zu langes und unzweckmäßiges Aufbewahren zurückzuführen!
6. Koche sie nicht zu lang, damit das darin enthaltene Eiweiß nicht durch Verdichtung uneddaulich wird, und kauge sie gut!
7. Verne die giftigen Pilze kennen wie die giftigen Früchte anderer Pflanzen; es gibt kein allgemeines Erkennungszeichen!
8. Sei besonders vorsichtig bei ganz jungen unentwickelten Pilzen!

Röblig (Gemeinderatsitzung) Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der Registrator Straubel als stellvertretender Standesbeamter verpflichtet worden, daß der 7. Antrag zur Gewerbeordnung genehmigt und das Ortsstatut zur Beamteneinweisung von der Amtshauptmannschaft für ungültig erklärt worden ist, da die Beamteneinweisung nunmehr nach staatlichem Raster erfolgt. Dem Anschlag an die Verbandssparkasse Wälfen St. Jacob wurde einstimmig zugestimmt. Die Anstellung einer Krankenpflegerin gemeinschaftlich mit Hohndorf fand einstimmige Annahme. Der Aufnahme eines Darlehens, sowie Beschaffung einer Reichsflagge wurde einstimmig zugestimmt. Das Gesuch des Stadtrats zu Lichtenfels-C. um Gewährung von Beihilfen zur Unterhaltung der Gewerehalle wurde anerkannt für 42 Schüler werden je 50 Mk. bewilligt. Zur Beschaffung von Lichtbildern für die Schule wurden 3000 Mark bewilligt. Der Aufnahme von zwei halbwaisen Kindern in die Maria-u. Alster-Stiftung stimmte man zu. Auf Ansuchen der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr wurde der f-tübrige Kommandant, Herr Decker, zum Branddirektor befördert.

Hohenstein-C. (Lohnhöhung.) In der letzten Legillarbeiterversammlung wurde bekanntgegeben, daß die Generalleitung des Legillarbeiterverbandes durch die plötzliche Preissteigerung im Juli mit dem Arbeitgeberverband in Verhandlungen getreten und neue Lohnzulagen für die hiesige Legillarbeiterchaft erzielt hat. Es erhielten nun rückwirkend ab 1. Juli Männer Stundenlohnzulagen von 95 Pf. bis 3 Mark und Frauen solche von 70 Pf. bis 2 05 Mark, je nach Alter. Auch die Löhne der Handwerker und sonstigen Heimarbeiter müssen dementsprechend erhöht werden.

Hartenstein. (Schulleiterwahl.) Der seit 11 Jahren hier amtierende Schuldirektor Bölling wurde vom Schulausschuss auf Vorschlag der Lehrerschaft einstimmig für die nächsten 3 Jahre als Schulleiter wiedergewählt.

Heidemann. (Streit um den Gemeindevorstand.) Der bei der Verschmelzung der drei Gemeinden Wügelin, Heidenau und Gommern vorzeitig pensionierte damalige

Gemeindevorstand Rinowerg hat gegen die Gemeinde Heidenau einen Prozeß angestrengt, in dem geltend gemacht wird, daß für Rinowerg bei der Verschmelzung der drei Gemeinden eine neue Wahlzeit begann und er somit bis zum 1. April 1926 als Gemeindevorstand zu gelten habe. Das Gericht regte einen Vergleich an und beschloß, daß die Entscheidung am 1. August verhandelt werden soll, falls am 26. Juli eine Einigung der Parteien nicht erfolgt sei. Der jetzige Gemeindevorstand ist der unabhängige sozialdemokratische Parteisekretär und Landtagsabgeordnete Menke.

Rillingenthal. (Zum Konflikt im Stadtoordnetenkollegium.) Wie schon berichtet, haben die in der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammengeschlossenen bürgerlichen Mitglieder des Rillingenthaler Stadtoordnetenkollegiums wegen Differenzen mit der sozialistischen Mehrheit die Auflösung des Stadtoordnetenkollegiums beantragt und ihre Ämter niedergelegt. Infolge des Fehlens der bürgerlichen Mitglieder, war das Stadtoordnetenkollegium zunächst nicht mehr beschlußfähig. Es waren deshalb für den 20. Juli zwei Stadtoordnetenitzungen hintereinander angelegt, die beide nach Eröffnung und Feststellung der Beschlußfähigkeit wieder geschlossen werden mußten. Am Tage darauf, am 21. Juli, wurde wiederum eine Sitzung einberufen, die dann der sozialistische Stadtoordnetenvorsteher trotz des Fehlens der bürgerlichen Vertreter als beschlußfähig bezeichnete und die auch die Tagesordnung erledigte und dabei unter anderem einen Beschluß faßte, daß gegen die sich enden Abgeordneten der § 48 der Reichsweiten Städteordnung angewendet werden soll, nachdem idumige Stadtoordnerte in eine Geldstrafe genommen werden können.

Leipzig („Schwere“ Diebstähle) Immer wieder werden gefälschte Schlüsselgitter und -deckel, ja sogar Baumwurzelschlüsselgitter im Gewicht von etwa zwei Zentnern, von den Straßen gestohlen, ohne das dies von jemand bemerkt oder verhindert worden wäre. Das Metall wird von gewissenlosen Metallhändlern aufgekauft, womit jeder sofort sehen muß, woher das zum Kauf angebotene Eisen stammt.

Langenbessen. (Beispielwirtschaft.) Im Gutsamwesen des Herrn Dalbauer existiert schon seit langer Zeit eine Beispielwirtschaft. Die Wirtschaft wird immer mehr vervollkommen und den Schülern der Landwirtschaftlichen Schule Werdau bei ihrem Unterrichte große und wertvolle Dienste leisten. Auch die Mitglieder landwirtschaftlicher Vereine können hier dort erzielte Erfahrungen in ihrem eigenen Dienste ausnützen und verwerten.

Oberlungwitz. (Einer Unterschlagung) von 4000 Mark machte sich kürzlich ein bei einem Metzler in Oberlungwitz in Stellung befindlicher 17jähriger Handlungsgehilfe schuldig, der von seinem Chef 36000 Mark zur Einzahlung bei einer Hohensteiner Bank übergeben erhalten hatte. Nach Erledigung des Auftrags erklärte er seinem Chef, er sei unterwegs mit dem Kade geknast, dabei in den Stroßengraben gefallen und habe dabei das ihm übergebene Papiergeld verloren, von dem der Wad 4000 Mark weggetrieben habe, so daß er nur 32 000 Mark habe einzahlen können. Da man das Märchen nicht glaubte, nahm man eine Durchsachung seiner Wohnung vor, wobei auch die unterschlagenen 4000 Mark in seiner Schlafkammer gefunden wurden. — (Ein bedauerlicher Unglücksfall) ereignete sich heute vormittag auf der Herrmannstraße. Der 42jährige Geschäftsführer Josef Seifert aus Wälfenbrand wollte im Auftrage des Fuhrwerkbesizers Hartig-Wälfenbrand ein mit Kohlen beladenes Geschloß zum Elektrizitätswerk bringen. Die Pferde gerieten etwas zu nahe an die dort liegenden Strohhaufen Seifert der anschließende wollte, stürzte hierbei und wurde von dem Wagen übersahren. Er hat einen schweren Oberschenkelbruch und einen Bruch des Fußes davongetragen und wurde sofort dem Emma-Hospital zugeführt.

Werdau. (Mit 8000 Mk. schuldig geworden.) Unter Mitnahme eines Geldbetrages von über 8000 Mark ist seit vergangener Mittwoch ein 17 Jahre alter Handlungsgehilfe aus einem Nachbarort, der bei einer hiesigen Handelsfirma in Stellung war, schuldig geworden. Er hatte den Geldbetrag, ohne von seinem Arbeitgeber braustragt gewesen zu sein, bei einem Gewerbetreibenden in einem Nachbarort kassiert.

Wülfen. (Diebstahl — Unfall.) Aus einer hies. Autogarage wurde ein dunkelblauer Personkraftwagen gestohlen. Das Auto war fähig, hatte schwarze Lederpolsterung, eingebautes Verdeck; die Spichen mit Aluminiumscheiben verdeckt. — In Schacht III der Gewerkschaft Morgenstern beugte sich bei der Mannschafts-Einfahrt der 19 Jahre alte Fördermann Paul Schatz mit dem Kopf aus dem Fördergestell. Dabei wurde ihm vom Schachtbesitzer eines Ledgers der halbe Kopf abgerissen. Der Tod trat sofort ein.

Wittau. (Ein schwerer Unfall) ereignete sich vorigen Sonnabend vormittag hier. Der 14jährige Fleischerlehrling Fritz Scharnhorst der bei seinem Onkel, Fleischermeister Sommer, Lößauer Straße, beschäftigt war, hatte geschäftliche Besorgungen zu verrichten, wozu er sich des Fahrrades bediente, auf dem er eine größere Last mit sich führte. Der junge Mann wollte einigen Wägen ausweichen, wobei er aber in das Auto der Landwirtschaftlichen Genossenschaft geradewegs hineinfuhr. Er wurde übersahren und sofort getötet.

Aus den Nachbarländern.

Frammenth. (Die Urkette aus goldenen Dollarnäcken.) Einem hiesigen Techniker wurden kürzlich auf dem Saale des Werdauer Schützenhauses gelegentlich der dort stattgefundenen Ballmusik die Taschengüter nebst der aus 9 goldenen Dollarnäcken hergestellten Urkette im Werte von mindestens 6000 Mark aus der Weste gestohlen. Alle Nachforschungen nach dem Diebe blieben erfolglos. Vor einigen Tagen übergab ein Schulknabe auf dem Bahnhof in Steinplets einem Bekannten des Bestohlenen ein Paket mit dem Auftrage, es an den Bestohlenen abzuliefern. Diesem Auftrage kam dieser nach und als der Bestohlene das Paket öffnete, fand er die ihm gestohlene Uhr nebst Kette und einen Zettel b

auf dem geschriebenen war: „Seien Sie künftig etwas vorsichtiger und trinken Sie nicht mehr, als Sie verkraften können.“

Gerichtssaal.

Berlin. (Blomardrama-Prozess) Vor dem Berliner Landgericht begannen gestern die Verhandlungen in der Klage des Grafen Wilhelm II. und der Frau von Büttcher, der Gattin des früheren Ministers, gegen den Verfasser des Blomardramas Emil Ludwig.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Eine neue Zweizimmerwohnung 10 000 Mk. Miete.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Bahr hat errechnet, daß nach dem gegenwärtigen Preisstande der Bau einer Wohnung von 70 Quadratmetern Wohnfläche, also einer Zweizimmerwohnung, in Berlin rund 450 000 Mark kostet.

Vermischtes.

† Clausthal. (Zusammenstoß). Wie bereits kurz gemeldet, ist es am Sonntag gelegentlich einer Rundgebung der kommunistischen Arbeiterjugend des Harzer Unterbezirks in Clausthal zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Studierenden der Staatlichen Bergakademie gekommen.

des Harzes vorankündete am Sonntag in Clausthal-Jellerfeld eine Rundgebung, die sich gegen die reaktionäre Jugendbergleitung richten sollte und zu der auch Teilnehmer aus Hannover, Celle und Braunschweig eingetroffen waren.

† Die letzte Szene der Rott-Everett-Tragödie. Ueber den mißglückten letzten Versuch, den höchsten Gipfel der Erde zu bezwingen, liegen jetzt nähere Einzelheiten vor.

sofort bluteten, um den Verwundeten Verband zu leisten. Auf dem Berge lagen 7 Träger, vom Schnee verschüttet.

† Selbstmörder. (7 Schulkinder ertranken). Die Goetheschule machte einen Ausflug in die Harz bei Haltern.

† Einem schweren Verstoß erlitt ein Landwirt bei Lüneburg, der beim Brand seiner Wirtschaft und dreier anderer Gehöfte sein ganzes Vermögen von 100 000 Papiermark mit verlor.

† Drei nächtliche Raubüberfälle in Berlin. Von fünf unbekanntem Straßenräubern wurde der Kaufmann Richard Rauch aus der Prinzenstraße überfallen.

† Noch schlimmer erging es früh gegen 4 Uhr dem Arbeiter Oskar Brigg. Ihn sprachen am Kupfergraben mehrere Männer um Zigaretten an; als er sich weigerte, sie ihnen zu geben, überfielen sie ihn.

† Milch mit 60 Prozent Wasser. Auf der Straße von Erbenheim nach Wiesbaden wurde der Landwirt August Lechtfuß aus Erbenheim dabei abgefaßt, wie er Milch in die Stadt schaffen wollte.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

† Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Die Hebräer Sächsischen zur Einhebung heute ab 2 Feuerwehrgeschäftigen 2 Wochen die Vorstände erheben. verpflichtet.

Gasthof z. Hirsch, Bernsdorf.

Gross. Volksvogelschiessen.

An beiden Tagen: **Feiner Festball.**

Liga zum Schutze der deutschen Kultur.
Unsere Bücher führt die Buchhandlung von Doerffeldt.

Die in unserem Betrieb anfallende Abfälle kann mit Ausnahme von Freitag und Sonnabend jeden Wochentag **kostenlos** abgefahren werden.

Elektrizitätswerk Delsnitz.

Ein — hervorragendes Fachblatt seiner Art — ist die illust. Jagd- „St. Hubertus“, Eichen wochenchrift (Anhalt).
Beitrag gegebene Aufsätze über Jagd, Schießweisen, Hundezucht, Fortwirtschaf, Fischerei und Naturkunde.

Obstbauverein Eichtenstein-C.
Nächsten Donnerstag, ab 8 Uhr im **Goldenen Helm** Generalversammlung.
Zahlreichem Besuch steht entgegen. Der Vorstand.

Alle modernen und klassischen **Musikalien** sowie Schuten u. Albums für Klavier u. alle anderen **Instrumente** beziehen Sie am besten durch **Eugen Berthold.**

Prima sächsische **Heidelbeeren** Pfd. 16 Mk., bei größeren Posten billiger, im **Gasthof zum weißen Mann, Dohndorf.**

Herron-Rad wie neu, billig g. verkaufen. Mühlgraben 12, b. Held.

Morg. Donnerstag **Schlachtfest** bei **Arno Friebe,** Hartenfelner Straße.

Vereine bestellen ihren Bedarf an **Drucksachen**

Mitgliedskarten, Plakate, Einladungen, Eintrittskarten, Programme, Statuten u. s. w. bei der Druckerei des **„Lichtenstein-Callnberger Tageblattes“** — Fernsprecher 7. — Schnellste Lieferung, Sauberste Ausführung.

Kurse, mitgeteilt vom Bankhaus **Bayer & Heine,** Abteilung Eichtenstein-Callnberg.

Deutsche 5% Kriegsanleihe	77,50	77,50
„ 4 1/2% Schatzanleihe	87,50	87,50
„ 3% Reichsanleihe	188,50	188,50
„ 4% „	91,75	91,75
„ 4 1/2% „	117,25	117,25
Sächsische 5% Rentenschuld	63,50	63,50
Preussische 4% Staatsanleihe	72,50	71,50
Preussische 4% „	98,50	98,50
Preussische 4% „	97,50	97,50
Deutsche Hypoth.-Bank 4% Pfandbr.	108,50	102,50
Landwirtsch. 3 1/2% Pfandbr.	98,50	91,50
„ 4% „	107,50	95,50
Sächs. Bod.-Cred.-Anst. 4% Pfandbr.	98,50	98,50
Hartmann Nachf. Fabr. Akt.	790,50	770,50
Masch.-Fabr. Kappel	1278,50	1245,50
Hermann Vogt Akt.	445,50	430,50
Sachsenwerk Akt.	500,50	488,50
Schubert & Solger Akt.	1325,50	1315,50
Wandrer Werke Akt.	1550,50	1525,50
Zimmermann Werkzeugm. Akt.	495,50	418,50
Deutsche Bank	475,50	482,50
Dresdener Bank	290,50	290,50
Blüthgen Akt.	1100,50	1180,50
Hamburger Paketf. Akt.	469,50	442,50
Hörm. Elektr.-Gesellsch.	759,50	750,50
Dessauer Ruz	1900,50	1800,50

Devisen-Kurse	Geld	Brief
Frankfurt	1137,55	1140,45
London	19525,55	19574,45
Paris	232,20	237,80
Berlin	332,05	337,80
Schweden	933,05	951,85
New York	499,37	500,83
Madrid	422,20	423,80
Christians	8414,45	8435,55
Schweden	18008,70	18041,30
Brasilien	3980,50	3995,50
Schweden	1120,75	1128,25
Schweden	1118,75	1121,25
Wien	1,46 1/2	1,49 1/2

Berlin. Rundschau bei internationalen halten, daß Nationalen Rundgebühren der Kriegsschuldensphäre gestanden eine starke Förderung handlungen und sailler Friedenspolitische Erregungen abgehalten zu im Interesse der mentlich auf England glaubt zum Teufel zu sollen, daß Dr. Golls gewiss in der Lage öffentlichen Au

Am Dienstag ein Fest Berlin eingetroffen Golf statt. Der